

V0601/21

Tätigkeitsbericht der Inklusionsbeauftragten

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 13.10.2021

Stadträtin Segerer bedankt sich für den ausführlichen Bericht und den guten Überblick über die Aufgaben und den Arbeitsalltag der Inklusionsbeauftragten. Sie hebt vor, dass es in Ingolstadt offiziell knapp 20.000 Menschen gebe, die mit unterschiedlichsten Barrieren und Einschränkungen zu kämpfen haben. Doch ein wichtiger Punkt sei auch die Zielgruppe der Menschen mit psychischen Erkrankungen und psychischen Behinderungen, die erfahrungsgemäß sehr zurückhaltend seien zu berücksichtigen. Daher wirft Stadträtin Segerer die Frage auf, wie viele dieser Menschen tatsächlich zu einer Beratung kommen.

Stadtrat Werner bedankt sich für die Arbeit der Inklusionsbeauftragten und für die Aufnahme der damaligen Aktion des Sozialverbandes VdK „Weg mit den Barrieren“. Stadtrat Werner wolle die Inklusionsbeauftragte bestärken, diesen Weg weiter zu bestreiten und hebt vor, dass die Fachabteilung in München, die bayernweit solche Aktionen durchführe sehr beeindruckt gewesen sei von der Aufnahme in Ingolstadt und der Art und Weise wie mit den Anregungen umgegangen worden sei. Des Weiteren merkt Stadtrat Werner an, dass die Veranstaltung „Dinner in Weiß“ eine großartige Veranstaltung gewesen sei und er sich wünsche, dass diese Veranstaltung weit durchgeführt werde.

Stadträtin Mader will in Erfahrung bringen, was noch zu tun sei und wo Frau Braun noch Unterstützung brauche.

Stadträtin Bulling-Schröter erkundigt sich, ob es bereits Pläne gebe, dass in Ingolstadt ein Inklusionsrat gegründet werde und sie möchte Auskunft über die Personalsituation.

Stadtrat Niedermeier möchte zu 1.5 des Tätigkeitsberichtes „Erstellung eines Flyers zum barrierefreien Bauen und Sensibilisierung der Bauwilligen zum Thema Barrierefreiheit“ Auskunft darüber, wieweit das in Ingolstadt schon vorgedrungen sei. Des Weiteren erinnere er sich an eine Baugesellschaft die ein Neubauprojekt in der Ungernederstraße im Piusviertel vorgestellt habe und ausführte, dass keine Wohnung größer als 3 Zimmer sei, denn es sei so, dass größere Familien sowieso außerhalb der Stadt wohnen würden, das sehe Stadtrat Niedermeier allerdings nicht so. Zusätzlich habe sich herausgestellt, dass keine der Wohnungen behindertengerecht und barrierefrei gebaut seien, doch das sei nicht in Ordnung so Stadtrat Niedermeier, für ihn sei das ein reines Renditeprojekt.

Bürgermeisterin Kleine bedankt sich bei Frau Braun für den Bericht und für die breite Darstellung des Themas Behinderung. Sie betont, dass die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung zur Stärke einer Stadt gehöre, die aus der Diversität und Vielfalt erwachse. Bürgermeisterin Kleine beantwortet die Frage von Stadträtin Bulling-Schröter und erklärt, dass aktuell der Stelle von Frau Braun keine Vorzimmerstelle im Stellenplan zugeordnet sei. Im Herbst werde für die Stellen Inklusionsbeauftragte / Gleichstellungsbeauftragte und Integrations- oder Migrationsbeauftragte eine Organisationsuntersuchung vom Personalreferenten durchgeführt. Der Referent wisse bereits, dass es ein Gremium

Inklusions- und Teilhaberrat geben soll. Dieser sei eine Maßnahme, die man dem Aktionsplan „Inklusion“, den der Stadtrat im Jahr 2018 positiv auf den Weg gebracht habe, entnommen habe und nun umsetzen wolle.

Frau Braun erklärt zur Frage von Stadträtin Segerer, dass es sehr schwierig sei, an Leute mit psychischer Erkrankung heran zu kommen, sie aber Kontakt zu einer Ansprechpartnerin habe, wenn es um psychisch erkrankte gehe. Vor zwei Jahren sei diese zum internationalen Tag von Menschen mit Behinderungen eingeladen worden, um ein Referat darüber zu halten und die Krankheit bekannter zu machen. Frau Braun teilt mit, dass sie bereits eine Checkliste für barrierefrei Spielplätze führe, doch um welche Barrieren es sich dann genau handle sei schwer zu sagen, denn die Krankheiten seien sehr individuell. Sie führt aus, dass es viele Formen der psychischen Erkrankung gebe und man alle Achtung vor diesen Menschen haben soll, dennoch gebe es nur wenige Menschen mit psychischer Erkrankung die einen Schwerbehindertenausweis beantragen, da diese Menschen sich selbst nicht als schwerbehindert bezeichnen würden. Für die Statistik sei es allerdings hilfreich und nur so könne man auf diese Menschen aufmerksam werden.

Stadträtin Segerer merkt an, dass viele der Menschen mit psychischen Erkrankungen den Gang zu einer Behörde sehr scheuen und es sehr schwierig sei, die Menschen dazu zu motivieren zu einer Behörde oder Amt zu gehen und die Hilfe in Anspruch zu nehmen. Daher plädiert Stadträtin Segerer dafür, für Menschen mit psychischer Erkrankung mitzudenken und sie nicht zu vernachlässigen, denn diese Gruppe an Menschen gehe sonst unter.

Frau Braun schildert, dass zu Zeiten von Corona viele Menschen den Kontakt per E-Mail aufnahmen und das ein einfacherer Weg für diese Menschen gewesen sei. Frau Braun dankt Herrn Werner, dass er damals das Grußwort bei dem „Dinner in Weiß“ übernommen habe. Das „Dinner in Weiß“ sei zum dritten Mal veranstaltet worden und es sei das einzige bekannte Fest, bei dem Menschen mit und ohne Behinderung Kontakt aufnehmen können und durch die weiße Farbe eine Behinderung auf den ersten Blick nicht direkt sichtbar sei. Frau Braun betont jedoch, dass die Veranstaltung bisher nicht von der Stadt Ingolstadt bezahlt worden sei, denn bisher sei die Veranstaltung durch Fördergelder oder Kooperationen bezahlt worden und das letzte Mal sei die Veranstaltung von der Sparkasse Ingolstadt bezahlt worden. Im Moment sei Frau Braun dran die Gelder für die nächste Veranstaltung zu bekommen und hebt vor, dass von den 4.000 Euro bereits dreiviertel für Gebärdendolmetscher und Taubblind-Assistenz gebraucht werden. Weiter geht sie auf die Frage von Stadträtin Mader ein und trägt vor, dass noch sehr viel zu machen sei und sie sehr viele Ideen habe und im Moment betreue sie 12 Projekte gleichzeitig. Frau Braun merkt an, dass es für sie sehr wichtig sei zu erfahren, welche Erwartungen die Stadträte von ihre haben. Des Weiteren stellt sie fest, dass es aus dem Aktionsplan Inklusion eine Broschüre gebe, die alle 100 Beratungsstellen in Ingolstadt beinhalte und gleichzeitig ein gutes Nachschlagewerk sei. Es sei wichtig, einen guten Überblick zu haben und zu hinterfragen was die Menschen mit Behinderungen individuell benötigen. Auch das Netzwerk zwischen den Personen die mit behinderten Menschen arbeiten sei sehr wichtig, um sich auszutauschen zu können, Kooperationen eingehen zu können oder sogar gemeinsam an Projekten arbeiten zu können. Frau Braun geht auf das Thema Querschnitzaufgaben ein und betont, dass dies sehr wichtig für sie sei, jedoch oft nicht an sie gedacht werde, daher appelliert sie dazu auch an Integration und Gleichstellung zu denken. Weiter geht Frau Braun auf die Frage von Stadtrat Niedermeier ein und berichtet, dass es diesen Flyer bereits gebe und dieser im Internet auf der Homepage zu finden sei. Zum Thema Wohnungen erläutert sie, dass wenn es sich um ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren handle, und daher

keiner etwas dagegen tun könne und sie nur bei Sonderbauten hinzugezogen werde, um dann eine Stellungnahme zu machen.

Bürgermeisterin Kleine ist der Meinung, dass der Austausch zwischen Stadtrat und Inklusionsbeauftragter öfter als ein oder zweimal im Jahr stattfinden solle und daher bereits überlegt werde, wie ein Inklusionsrat gestaltet werden könne. Überlegt werde aktuell, wer alles in einem Inklusionsrat beteiligt werden solle, dieser könne ein Gremium mit sehr vielen oder durchaus auch zu vielen Personen werden. Die Erwartungen des Stadtrates zu erfahren und auch der Betroffenen sei ein weiteres Argument den Teilhaberrat bzw. Inklusionsrat zu gründen.

Stadträtin Bulling-Schröter möchte Auskunft darüber, in wieweit bei Schulrenovierungen auf Inklusion geachtet werde.

Frau Braun informiert, dass Schulen und Kindergärten zu Sonderbauten gehören und sie daher mit eingebunden sei und auf die Barrierefreiheit achte. Frau Braun habe eine Checkliste für barrierefrei Schulen entworfen, in der auf alle verschiedenen Behinderungen individuell eingegangen werde, was die Menschen brauchen. Am Ende entscheide es jedoch der Schulleiter welches Konzept verfolgt werde.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.